

● Unversöhnlich

In der Sackgasse

Von einer Neuordnung der Region nach dem Irak-Krieg verspricht sich Israel auch die Lösung des Palästinenser-Konflikts. Der Politologe Ludwig Watzal sieht dennoch wenig Chancen für den Friedensprozess in Nahost.

In Nahen Osten herrscht weiterhin die Gewalt, wie der jüngste Selbstmordanschlag in Israel „aus Solidarität“ mit dem Irak gezeigt hat. Die Gegenschläge der israelischen Armee folgten auf dem Fuße. Terror und Gegenterror bestimmen nach wie vor den Alltag der Menschen. Unterdessen bemühte sich Bundesaußenminister Joschka Fischer

bei seinen Gesprächen in Israel und mit der palästinensischen Autonomiebehörde Anfang April erneut, den stockenden Friedensprozess neu zu beleben.

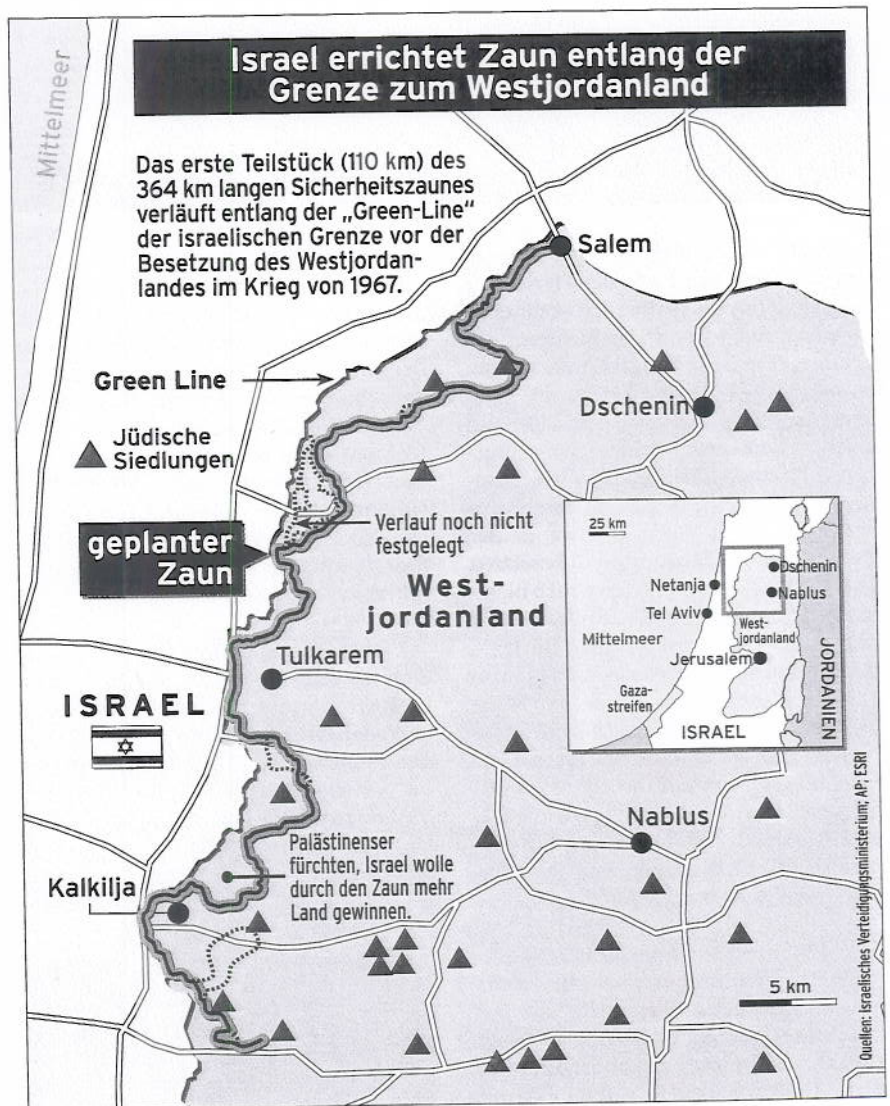
Eine direkte Bedrohung durch den Irak haben selbst führende Militärs in Israel nie für wahrscheinlich gehalten. Eine Bedrohung der Existenz Israels

scheint die Regierung um Ministerpräsident Ariel Sharon eher im Anspruch der Palästinenser auf einen eigenen Staat zu sehen. Darauf könnte die Äußerung Sharons im April 2001 in der Tageszeitung „Haaretz“ hindeuten, der Unabhängigkeitskrieg von 1948 (siehe dazu auch Y. 11/2002, Seite 84) sei noch nicht beendet. Die Hamas-Organisation jedenfalls spricht Israel in ihrer Charta das Existenzrecht weiterhin ab. Sie drohte kürzlich mit der Ermordung israelischer Politiker, nachdem eines ihrer Gründungsmitglieder in Gaza durch Geschosse eines israelischen Kampfhubschraubers getötet wurde. Diese Drohung ist ernst zu nehmen, wie die Ermordung des ehemaligen Tourismusministers Rehavam Zeevi durch ein Kommando der Volksfront zur Befreiung Palästinas (Popular Front of the Liberation of Palestine, PFLP) im Oktober 2001 bewiesen hat.

Arafat diskreditiert

Der Anspruch der Palästinenser auf Eigenstaatlichkeit wurde durch die Terrorstrategie während der zweijährigen Al-Aksa-Intifada weitestgehend diskreditiert: „Die Palästinensische Autonomiebehörde steht hinter dem Terror“, urteilte Sharon am 5. März 2002 im Interview mit „Haaretz“. Israels Druck habe zum Ziel, diesen Terror zu beenden. „Erwarten Sie nicht von Arafat, dass er etwas gegen den Terror unternimmt“, so der israelische Ministerpräsident. „Wir müssen ihnen viel Schaden zufügen, dann werden sie wissen, dass sie nicht weiterhin Terror anwenden können, um politische Ziele zu erreichen.“

Besorgte israelische Stimmen warnen immer wieder davor, dass die israelische Regierung versucht sein könnte, eine größere Anzahl von Palästinensern zu „transferieren“, sprich: umzusiedeln.



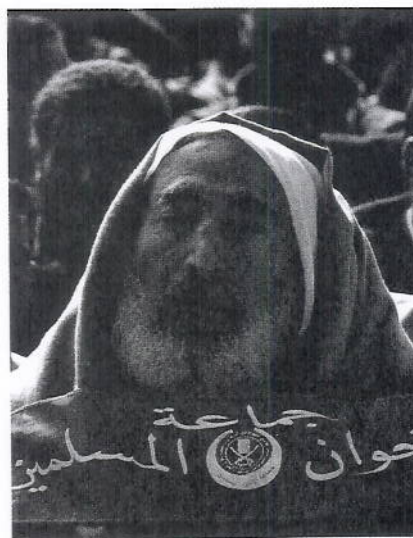


Grenze. Arbeiten am Sicherheitszaun zwischen Umm Al-Fahm in Nordisrael und Anin in der Westbank

Über eine solche „Umsiedlung“ wird seit Monaten öffentlich diskutiert – selbst im Parlament, der Knesset. Eine solche Lösung ist in der israelischen Öffentlichkeit durchaus populär: Mehr als 45 Prozent der Bevölkerung sprechen sich dafür aus. Vor zwei Jahren forderten dies nur zwischen sieben und acht Prozent. Zu den Kritikern gehören der Soziologie-Professor an der Hebräischen Universität in Jerusalem, Baruch Kimmerling, und der Militärgeschichtler Martin van Creveld. In einem Interview in „Jerusalem Friday“ vom 31. Januar 2003 erklärte van Creveld, dass eine „kollektive Deportation“ Israels „einzige bedeutsame Strategie gegenüber dem palästinensischen Volk“ sei. Er sei sich sicher, dass Sharon die Palästinenser umsiedeln wolle. 125 israelische Intellektuelle haben darüber hinaus vor einigen Wochen in einem Aufruf ihre Sorge über eine erneute Vertreibung zum Ausdruck gebracht.

Auf der Website der israelischen Friedensbewegung Gush Shalom befürchtete Uri Avnery in einem Beitrag vom 8. März, dass möglicherweise die Bewohner vertrieben würden, die entlang der geplanten und in Bau befindlichen Mauer bei Tulkarem und Kalkilja in der Westbank leben. Eine Vertreibung nach Jordanien, das seine Grenzen geschlossen hat, oder in den Libanon hält er für unwahrscheinlich. Ansonsten könne es zu einer neuen Front im Norden Israels kommen. Auch die USA hätten kein In-

teresse an einer Vertreibung, wenn sie in Zukunft den Irak auf Jahre besetzt halten wollten. Sie seien dann um so mehr auf die Kooperation mit den arabischen Ländern angewiesen. Beide Seiten, Israelis und Palästinenser, zahlen seit Ausbruch der Al-Aksa-Intifada am 29. September 2000 einen hohen Blutzoll: mehr als 2150 Tote auf palästinensischer und zirka 700 Tote auf israelischer Seite. Gar nicht zu reden von den fast 40.000 Verletzten auf palästinensischer und über 6000 auf israelischer Seite. Hinzu kommen die Verwüstungen in den besetzten Gebieten. Langsam setzt sich in der palästinensischen Gesell-



Drahtzieher. Der geistliche Führer der radikalen Hamas-Organisation, Scheich Ahmed

schaft die Einsicht durch, dass die Selbstmordattentate, die unschuldige israelische Bürger treffen, moralisch verwerflich sind und dem eigenen Anliegen eher schaden. Der von Yassir Arafat designierte neue Ministerpräsident Muhammad Abbas (genannt Abu Mazen) forderte bereits vor Monaten ein Ende der Gewaltstrategie. Ob er sich durchsetzen kann, bleibt zu hoffen.

Im Nahostkonflikt reicht es aber nicht aus, nur über palästinensischen Terrorismus zu sprechen und die israelische Besatzung zu ignorieren. Über deren Beendigung muss vor allem verhandelt werden, um der Gewalt durch Palästinenser die Grundlage zu entziehen. Dass der Israel-Palästina-Konflikt im Augenblick nicht zu den vordringlichsten Problemen der US-Diplomatie gehört, ist einsichtig.

Wie sehen aber die Friedenspläne von Sharon und US-Präsident George W. Bush, die sie in der Vergangenheit vorlegten, konkret aus? In einem Interview mit „Haaretz“ vom 13. April 2001 wollte Sharon den Palästinensern 42 Prozent der besetzten Gebiete für ihren „Staat“ geben. Nicht eine Siedlung auf palästinensischem Gebiet werde aufgelöst. Es könne zudem keinerlei Zugeständnisse in Jerusalem geben, so der Premier. Die Palästinenser sollen nach diesem Konzept in Enklaven leben, die durch Tunnel oder Hochstraßen verbunden sein werden. Diesen Plan präsentierte Sharon am 5. Dezember

Gesprächsbereit. Muhammad Abbas, Stellvertreter Arafats und designierter Ministerpräsident

Foto: dpa/AP/Wend Aweid

2002 in einer Rede an das israelische Volk. Er kommt Überlegungen des US-Präsidenten sehr nahe. Die Palästinenser müssten demzufolge bereit sein, in von Israel bewachten Gebieten zu leben.

Sharon kann sich ein Zusammenleben mit den Palästinensern nur dann vorstellen, wenn sie an den „zionistischen Traum“ glauben, also an das Existenzrecht eines jüdischen Staates in Palästina. Dieser hat sich aber für die Palästinenser als Albtraum erwiesen. Sharon glaubt trotzdem, dass zumindest Teile der Palästinenser diese Pläne akzeptieren werden. Ob er dabei Abu Mazen im Auge hat, der sich mit ihm mehrmals getroffen hat?

US-Präsident Bush hat zwar in seiner Rede vom 25. Juni 2002, in der er seine damalige Vorstellung von einem provisorischen Palästinenserstaat darlegte, von „besetzten Gebieten“ gesprochen, aber Verteidigungsminister Donald Rumsfeld relativierte dies im September 2002 vor der Presse in eine „so genannte israelischen Besatzung“. Bush befürwortete auch einen Stopp der israelischen Siedlungen, aber erst, wenn ein „Fortschritt in Richtung Frieden erreicht wurde“. Auch die Ermahnung an Israel, einen lebensfähigen Palästinenserstaat zu erlauben, gilt nur, wenn die „Bedrohung durch Terror aufgehoben ist und die Sicherheits-situation sich verbessert hat“.

Seit dem 20. Dezember 2002 gibt es den verhandelten Entwurf eines so genannten „Fahrplans“ (Roadmap) des Quartetts, bestehend aus USA, EU, Russland und UN-Generalsekretär. Danach soll bis Ende 2005 in einem Dreiphasen-Plan ein Palästinenserstaat etabliert werden. In seiner Juni-Rede hatte Bush noch von einem Palästinenserstaat gesprochen, dessen Grenzen völlig im Nebulösen lagen. Die endgültige Form des Gebildes sollte in langfristigen Verhandlungen ohne Zeitplan festgelegt werden. Stufenweise müssten die Palästinenser Bedingungen der USA erfüllen, die sich weitgehend an den Sicherheitsinteressen Israels orientierten: Ablösung Arafats als Palästinenserchef, tief greifende politische und wirtschaftliche Reformen der Autonomiebehörde. In der Roadmap ist dagegen ein klarer Ablaufplan vorgesehen, der zwar noch in der Diskussion ist, jedoch reelle Chancen für den Friedensprozess enthält.

In der jüngsten Rede von Präsident Bush war von einem „Fahrplan“ nicht mehr die Rede – der Irak-Krieg hatte auch hier absolute Priorität. Ein neuer Friedensprozess wird angesichts der Lage im Irak schwerlich in Gang kommen. Außenminister Colin Powell beruhigt indessen seine Amtskollegen im Quartett und in Europa mit dem Hinweis, Bush meine es mit den Siedlungen „deadly serious“. Auch Sharon hat unlängst die Bereitschaft zu Zugeständnissen signalisiert (siehe Seite 17), zugleich aber gegen

den „Fahrplan“ bereits mehr als 100 Einwände erhoben, die er an Bush übermittelte. Sieht man sich die neue israelische Regierung an, stehen die Aussichten auf etwaige Konzessionen an die Palästinenser eher schlecht. Im Kabinett sitzt mit dem Vorsitzenden der Nationalreligiösen Partei (NRP) Etti Eitam als Wohnungsbauminister der Interessenvertreter der Siedler. Infrastrukturminister Avigdor Lieberman von der Nationalen Union ist Befürworter des Umsiedlungsplans.

Wenn der internationalen Staatengemeinschaft die diversen Entwürfe als Lösungen für den Nahostkonflikt vorschweben, braucht man kein Prophet zu sein, um weitere Gewalt für diese Region vorauszusagen. Einen Ausweg aus dem Dilemma bietet nur die Umsetzung des Völkerrechts. Joschka Fischer erklärte in Tel Aviv, Absicht der Friedensbemühungen von USA, EU, UNO und Russland sei es, ein Ende von Terror und Gewalt zu erreichen: Nach der offiziellen Amtseinführung Abu Mazens soll der „Fahrplan“ dafür veröffentlicht und wirksam werden.

Ludwig Watzal

● pluspunkt

Dr. Ludwig Watzal ist Redakteur und Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Bonn. Mehr zum Autor unter: www.watzal.com.